

30 Jahre friedliche Revolution - Bürger*innenrechte statt Nationalstolz stärken

Angesichts der schrecklichen Taten in der Geschichte Deutschlands, trägt die BRD eine besonders große Verantwortung. Nie mehr darf der Nationalismus in Deutschland die Macht ergreifen! Dies zu überwachen ist die Aufgabe der BRD und aller ihrer Bürger*innen. Die gesamtdeutsche Bundesrepublik ist immer noch fruchtbar für rechtes Gedankengut, das zeigt erst erneut der parlamentarische Rechtsruck der vergangenen Jahre.

Friedliche Revolution heute

Die Feierlichkeiten anlässlich der 30-jährigen Deutschen Einheit dürfen gerade deswegen nicht zu einem schwarz-rot-goldener Taumel des nationalen Stolzes auf Deutschland werden. Stattdessen sollten wir die Held*innen feiern, die jahrelang und trotz der Möglichkeit politischer Verfolgung gegen den Unrechtsstaat DDR und für demokratische Grundprinzipien gekämpft haben.

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 vor 31 Jahren begann ein Wandel in der Gesellschaft. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR statt und bildeten damit ein Anfang in der DDR eine echte Demokratie zu etablieren. Die Jährung muss für uns ein Anlass sein, die Forderungen der Bürger*innenbewegungen mit der heutigen Wirklichkeit abzugleichen. Die Freiheit der Forschung zum Beispiel ist in unserem kapitalistischen System unter stetiger Bedrängnis und wird tagtäglich von Konzernen ausgehebelt.

- Für viele Menschen war der Ablauf der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik enttäuschend. Auch wenn die Befürworter einer schnellen Vereinigung Deutschlands in der frei und demokratisch gewählten Volkskammer eine deutliche Mehrheiten erhielten, so glich der Prozess mehr einer Eingliederung als einer Wiedervereinigung. Dadurch wurden Chancen vertan, das Leben für alle Deutschen ob West oder Ost wechselseitig zu verbessern.
- Vielmehr hieß es, alles Alte muss raus. Durch das politisch verursachte enorme Tempo der Wandlung der DDR Wirtschaft aus der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft wurde die Industrie der DDR nicht ausreichend geschützt. So gingen

- viele Unternehmen oftmals unter dem Wert in westdeutsches Eigentum über. Dies führte dazu, dass nicht nur die Wirtschaft der neuen Bundesländer, sondern auch viele Existenzen enormen Schaden erlitten und sich eine ganze Generation als Wendeverlierer fühlte.
- Außerdem gab es neben den zahlreichen Vergehen der DDR an ihren Bürger*innen einige Elemente, die auch Westdeutschland gut getan hätten. So zum Beispiel eine ausgeprägte Infrastruktur an Kindertagesstätten oder das System zehnklassigen allgemeinen Oberschule. Wir möchten nach 30 Jahren endlich auf eine echte Zusammenführung hinwirken, bei der die positiven Aspekte beider Staaten übernommen werden.

Kein Schwarz-Rot-Gold für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Der Nationalstaates ist überholt: In Zeiten von europäischer Freizügigkeit sowie globaler Vernetzung und Interkulturalität ist die Herstellung sprachlicher, ethnischer oder kultureller Homogenität weder mit der Realität noch mit unserem Ideal von Vielfalt und Pluralismus vereinbar. Anders als viele andere Parteien und Jugendorganisationen, sehen wir die Farben der Nationalflagge kritisch und lehnen das schwenken von Nationalflaggen ab. Unser Anti-Patriotismus besteht im Bewusstsein der Geschichte der Schwarz-Rot-Goldenen Flagge. Uns ist bewusst, dass sie im Dritten Reich verboten war. Wir verweigern uns aber nationaler Symbolik, weil wir jeglichen Nationalismus überwinden möchten. Das Unterordnen der Individuen unter kollektiven Nationen, müssen wir überwinden.